Morgen-Ausgabe.

Deutsches Nachrichtenbüro G.m.b.H.

(Als Manuskript gedruckt. Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne Gewähr.)

3. Jahrg. 1936	Berlin, Freitag, 18. September	Nr. 1209

UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Die 450 Hitlerjungen in Venedig.

Mailand, 17. September. Die 450 Hitlerjungen, die einen Besuch der faschistischen Jugendgruppe im Jahre 1933 erwidern, sind in Venedig eingetroffen. Auf dem Bahnhof wurden sie von den Behörden und Parteivertretern, von den faschistischen Jugendgruppen und dem Ortsgruppenleiter der NSDAP., dem Vertreter des deutschen Konsulats und zahlreichen Angehörigen der deutschen Kolonie Venedigs herzlich empfangen. Eine Ehrenkompagnie von Kriegsmarineangehörigen hatte in der Halle Aufstellung genommen.

Eine Balilla-Kapelle spielte bei der Einfahrt des Zuges die deutsche und italienische Nationalhymne. Die italienische Jugendgruppe brachte ein dreifaches Hoch auf Adolf Hitler aus, das von den deutschen Jungen mit einem Evviva auf Mussolini beantwortet wurde. Dann zogen die jungen deutschen Gäste mit klingendem Spiel im Begleitung des faschistischen Jugendverbandes zum faschistischen Parteibaus, wo sie vor dem Denkmal der gefallenen Faschisten einen Kranz mit den deutschen Farben niederlegten. Nach einer Besichtigung des Parteiheims ging es zum Marcus-Platz, wo der Dogenpalast und die Marcus-Kirche besichtigt wurden.

Luftschiff „Hindenburg" zur 8. Nordatlantikfahrt gestartet.

Frankfurt am Main, 17. September. Das Luftschiff „Hindenburg" ist am Donnerstag um 20.48 Uhr unter dem Kommando des Kapitäns Lehmann zu seiner achten Nordamerikafahrt gestartet. An Bord befinden sich 72 Fahrgäste und 60 Mann Besatzung, zusammen 132 Personen. Dies ist die größte Personenzahl, die bisher über den Ozean befördert wurde.

Die achte Fahrt des Luftschiffs nach Nordamerika hat dadurch eine besondere Bedeutung, daß sich an Bord der tausendste Fahrgast des RB. „Hindenburg" befindet. In einer kurzen Feier vor der Abfertigung der Fahrgäste würdigte das Vorstandsmitglied der Deutschen Zeppelin-Reederei, Präsident Karl Christiansen, diese Tatsache, und begrüßte dann den 1000. Fahrgast des Luftschiffs, Mrs. Springs aus Fort Mill (South Carolina), wobei er ihr einen Blumenstrauß sowie eine kunstvolle Schale aus Duralumin, dem Baustoff des Luftschiffgerippes, mit eingravierter Widmung überreichte. Ein Vertreter der Stadt Frankfurt überreichte der Amerikanerin im Namen des Oberbürgermeisters das Wert „Alt-Frankfurt im Bild".

„Ergebnis eines Boykotts".

London, 17. September. Unter der lakonischen Ueberschrift „Ergebnis eines Boykotts" schreibt der Evening Standard, vor zwei Jahren sei behauptet worden, daß die judenfeindlichen Kundgebungen der Nationalsozialisten die deutsche Schiffahrt zugrunde richten würde, weil die Juden die deutschen Fahrzeuge boykottierten. Tatsächlich habe dieser Boykott genau die entgegengesetzte Wirkung gehabt. Gerade weil sich die Juden geweigert hätten, mit den großen deutschen Dampfern zu fahren, bestünden die reichen und wohlhabenden Cliniken in London und Amerika darauf, auf diesen Schiffen zu reisen. Die Deutschen, so schließt die Glosse des „Evening Standard", stellen heute im transatlantischen Passagiergeschäft einen Rekord auf.

Tagung des Führerrates der Vaterländischen Front.

Wien, 17. September. Am Donnerstag tagte zum ersten Male der im Mai d. J. geschaffene Führerrat der Vaterländischen Front. Bundeskanzler Dr. Schuschnigg, als Führer der Vaterländischen Front, verwies in einer Rede auf die Notwendigkeit der raschen und zeitgemäßen Ausgestaltung des Bundesheeres. In bezug auf die Arbeitsbeschaffung erklärte der Kanzler, daß die vollkommen gelungene Sanierung des Haushalts zu den festen Hoffnungen berechtige, daß im Frühjahr 1937 die Arbeitsbeschaffung in verstärktem Umfange fortgesetzt werden könne.

Der Bundeskanzler ordnete die Bildung von fünf Arbeitsgemeinschaften des Führerrates an, und zwar für soziale Fragen, für wirtschaftliche Fragen, für kulturelle Fragen, für berufsständischen Aufbau und für die politische Erfassung und Schulung der jungen Generation.

Zum Besuch des Staatssekretärs Schmidt in Rom.

Rom, 17. September. Das internationale Echo der römischen Besprechungen des österreichischen Staatssekretärs Dr. Schmidt wird von der hiesigen Abendpresse mit lebhafter Genugtuung verzeichnet. Mit großem Nachdruck weist man dabei gewisse Unterstellungen der englischen und auch der französischen Presse zurück.

Lavoro Fascista wendet sich dabei besonders gegen die Unterstellung, Italien trachte nach einer Art Hegemonie über die gegenwärtigen Mitunterzeichner der römischen Protokolle. Nichts widerspreche mehr dem Tatsächlichen und damit realistischen Gedanken jener Protokolle als gerade dieses allzu grob aufgemachte Gerücht.

Mit diesem Argument breche auch die weitere in gewissen Kreisen der Kleinen Entente ausgesprochene Vermutung zusammen, wonach ein etwaiger Beitritt der übrigen Mächte des Donaubeckens zu den römischen Protokollen praktisch eine Verringerung der politischen Unabhängigkeit Oesterreichs und Ungarns mit sich bringen würde.

Diese Protokolle seien, so führt das Blatt weiter aus, heute der einzige internationale Vertrag von tatsächlichem politischen Wert. Die neuesten römischen Besprechungen und die bevorstehende Wiener Zusammenkunft seien das Ergebnis einer Politik junger Länder, „die nicht mehr in den Fesseln der alten Kriegsleidenschaften lägen, sondern die die Notwendigkeit eines praktischen Aufbauwerkes erkennen und dabei alle Faktoren außer Acht ließen, die bereits in das Museum der politischen Archäologie gehörten".

Außenminister Beck nach Genf abgereist.

Warschau, 17. September. Der polnische Außenminister Oberst Beck ist am Donnerstag mittag nach Genf abgereist.

Kleine Kabinettsumbildung in Polen.

Warschau, 17. September. Die in Warschauer politischen Kreisen verbreiteten Gerüchte über eine Umbildung des polnischen Kabinetts sind offenbar den Ereignissen erheblich vorausgeeilt. Auf amtlicher Seite wird jedenfalls die Richtigkeit dieser Gerüchte mit Entschiedenheit bestritten.

Ausbau des Arbeitsdienstes in Polen.

Warschau, 17. September. Der polnische Ministerrat, der am Donnerstag zu einer Sitzung zusammentrat, hat ein Gesetz über die Bildung von „Arbeitskadern" beschlossen, d. h. den Ausbau des Arbeitsdienstes mit freiwilliger Mekrutierung. Die Arbeitskader werden dem Kriegsminister unterstehen.

Ferner beschloß der Ministerrat neue Maßnahmen auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Entschuldung und auf dem Gebiete der Agrarreform die zusätzliche Parzellierung von 40 000 Hektar für das laufende Jahr.

Eden wieder im Amt.

London, 17. September. Außenminister Eden ist am Donnerstag nach völliger Wiederherstellung von seiner Windpockenerkrankung in das Auswärtige Amt zurückgekehrt.

Der Außenminister hat sofort die Frage der Westpakt-Konferenz in Angriff genommen, die während seiner Krankheit in erhebliche Schwierigkeiten geraten war. Er beabsichtigt, an Frankreich, Belgien, Deutschland und Italien eine Note zu richten, die sich mit der Konferenz befaßt. Gegenwärtig beschäftigt er sich damit, die Note vorzubereiten und endgültig zu entwerfen.

Eden will keine Verzögerung bei den einleitenden Besprechungen eintreten lassen und macht deshalb seine Vorschläge, bevor er aus London zur Völkerbundstagung nach Genf reist. Er verläßt London am Sonntag im Flugzeug. Die Frage des Zusammentritts und des Tagungsortes der Konferenz soll durch diplomatische Vorbesprechungen geklärt werden.

Die Rundfunkrede Léon Blums.

Paris, 17. September. Ministerpräsident Léon Blum führte in seiner Rundfunkrede aus:

Bei der gegenwärtig aufgewühlten europäischen Meinung und am Vorabend der Genfer Versammlung halte es die französische Regierung für zweckmäßig, mit einfachen und klaren Worten daran zu erinnern, auf welcher dauernden Doktrin ihre politische Aktion fuße. Frankreich habe in seiner riesigen Mehrheit mit gefaßter Leidenschaft seine Anhänglichkeit an die Erinnerungen und Ueberlieferungen der französischen Revolution bewahrt. In diesem Sinne sei der französische Staat ein demokratischer Staat. In diesem Sinne glaube die französische Nation an die Demokratie. Die Geschichte des letzten Jahrhunderts habe bewiesen, daß die demokratischen Regime mindestens ebenso stabil gewesen seien, wie die Regierungssysteme, die auf der Allmacht eines Mannes beruhten, selbst wenn diese Allmacht durch ein Genie zum Ausdruck gekommen sei. Man habe von der für die kollektive Organisation unentbehrlichen Ordnung gesprochen. Die Demokratie sei gerade das Regime, das den Gesellschaften die Entwicklung in der Ordnung gestatte. Frankreich könne sein eigenes Beispiel anführen. Seit drei Monaten habe die Regierung sehr wichtige soziale Reformen in Gang gebracht. Sie habe es getan, ohne daß auch nur ein einziger Zusammenstoß (!) zwischen den Bürgern erfolgt sei, ohne daß auch nur ein einziges Mal die Ordnung auf der Straße gestört (!), ohne daß auch nur eine Einrichtung umgestoßen, ohne daß auch nur ein Bürger beraubt worden sei. So werde es ebenfalls morgen sein. Er schließe daraus, daß Demokratie das Gegenteil der Anarchie sei. Zur Stützung dieser These berwies Blum auf die angelsächsischen Völker und die Vereinigten Staaten. Der Ministerpräsident bestritt, daß die Demokratie aus dem langen gegen sie eingeleiteten Prozeß verurteilt hervorgehe.

Obgleich Frankreich, fuhr Blum fort, sein volles Vertrauen in seine jahrhundertealte Verbefaft behalten habe, beabsichtige es nicht, irgendeinem Volk die Grundsätze der Regierung, die es für richtig erachtetesten halte, vorzuschreiben. Frankreich achte ihre Souveränität ebenso wie es seiner Souveränität zur Achtung verhelfen wolle. Frankreich wolle mit allen Völkern der Welt in Frieden leben, gleich wie ihr inneres Regime sei. Frankreich bemühe sich, gegenüber allen Völkern der Welt die Ursachen, die eines Tages Quellen eines Krieges sein könnten, zu vermindern. Mit allen Völkern, welche es auch seien, vorausgesetzt daß sie den Frieden wollten, werde Frankreich sich bemühen, den Frieden zu festigen und zu organisieren. Frankreich halte an der demokratischen Auffassung vom gerechten und dauernden Frieden daher für die die Völker die Freiheit, über sich selbst zu bestimmen, zur Voraussetzung. Er setze die Gleichberechtigung zwischen den Staaten, ob sie groß oder klein seien, voraus, ebenso wie zwischen den Einzelwesen. Er setze die Brüderlichkeit, d. h. die allmähliche Ausschaltung des Krieges, die Solidarität gegen den Angreifer, die moralische und materielle Abrüstung voraus. Da der Völkerbund selbst auf diesen Grundsätzen beruhe, berufe die internationale Aktion Frankreichs auf dem Völkerbund. Frankreich sei betreibt, die Bindungen, die zwischen den heute versammelten Völkern enger zu gestalten und den Völkerbundssatzungen, die es unterzeichnet habe, immer mehr Kraft und Wirksamkeit zu verleihen. Frankreich bemühe sich, den gegenseitigen Beistand zu organisieren. Es bemühe sich, den Rüstungswettlauf aufzuhalten. Es werde nicht müde werden, seinen Appell zu wiederholen, solange bis man es höre.

Die Geschichte zeige, daß ein wirklicher und fester Friede weder auf der Ungerechtigkeit noch auf dem Egoismus beruhen könne. Die Berücksichtigung des gegenwärtigen Zustandes der Welt veranlasse jeden „aufrichtigen Beobachter" zu der Feststellung, daß es einzig und allein wirkliche und feste Friede der allgemeine Friede sei, und daß die einzigen gangbaren Lösungen (!) der europäischen Probleme allgemeine Regelungen seien. Der Frieden müsse allgemein sein, da der Krieg allgemein wäre. Dies begründete Blum mit der Behauptung, daß es eben keinen einzigen bewaffneten Streit im gegenwärtigen Europa gebe, den man zu beschränken glauben könnte. Diese Ueberzeugung drücke die Regierung aus, wenn sie von der kollektiven Sicherheit und von dem unteilbaren Frieden spreche. Diese Ueberzeugung gelelle sich in der Regierung dem Ehrgeizlich zu, wenn sie ihre Treue zu den eingegangenen Verpflichtungen, zu den unterzeichneten Abkommen, zu den abgeschlossenen Pakten bekräftige, und wenn sie gleichzeitig ihre feste Absicht kundtue, sie auszudehnen bis zu einer universellen Organisation. Dieser Friedenswille werde von dem französischen Volk einmütig empfunden. Aber ebenso, wie es einmütig den Frieden wolle, wäre es morgen gleich wie zu allen Stunden seiner Geschichte einig, wenn es sich darum handeln sollte, die Sicherheit des Vaterlandes zu gewährleisten und erit recht, wenn es darum ginge, sein Gebiet zu verteidigen. Frankreich wäre einig, um gegen jeden Druck oder jeden Einspruch die volle Unabhängigkeit seiner Haltung, die volle Freiheit seiner Entschlüsse und seiner Wahl aufrecht zu erhalten. Frankreich wolle niemand zwingen, werde sich aber weder mittelbar noch unmittelbar von irgend jemand zwingen lassen. In dieser Auffassung wolle Frankreich in die großen bevorstehenden internationalen Verhandlungen gehen. Diesen „neuen Beitrag" nach so viel Beiträgen alten oder neuen Datums beabsichtige es zu dem notwendigen Friedenswerk zu leisten.

Politische Zusammenstöße in Paris.

Paris, 17. September. In Paris ist es an verschiedenen Stellen zu Schlägereien zwischen Anhängern der von dem Führer der aufgelösten Feuerkreuzler, Oberst de la Rocque, gegründeten „Französischen sozialen Partei" und Anhängern der „Volksfront" gekommen. De la Rocque führt zur Zeit in Paris und in den Städten der Provinz einen Werbefeldzug mittels riesiger Maueranschläge durch, in denen die Volksfront angegriffen wird. Die Zwischenfälle ereigneten sich, als Volksfrontler versuchten, diese Mauerplakate abzureißen. Mehrmals mußten starke Polizeikräfte eingreifen, um die Ordnung wiederherzustellen. Zahlreiche Personen wurden verletzt, darunter auch drei Polizisten. Mehrere Verhaftungen wurden durchgeführt.

Die Grundlagen der Einigung im Textilstreik.

Paris, 17. September. Die Grundlagen der Einigung im Textilarbeiterstreik, die die gespannte Lage in der Liller Textilindustrie beilegt, sind folgende: Die Vertreter der Unternehmer erklärten sich zu einer pauschalen Lohnerhöhung von 6 v. H. bereit. (Die Arbeiter hatten Lohnerhöhungen von 10 bis 40 v. H. gefordert.) Die Arbeitervertreter erklärten sich mit einer nach Arbeitsgruppen vorzunehmenden Einsetzung von Betriebsabgrdnungen einverstanden. Außerdem sollen die unnatürlich niedrigen Löhne in gewissen Fabriken mit rückwirkender Kraft (ab 1. August, teils sogar ab 1. Juli) aufgehoben werden.

Die Streikenden in Lille werden am Freitag eine Versammlung abhalten. Die Textilarbeiter Werke sollen ab Freitagabend oder Sonnabend früh geräumt werden.

Die Einigungsformel im Textilstreik war in den späten Abendstunden des Donnerstag noch nicht unterzeichnet, da im letzten Augenblick noch Schwierigkeiten über die Formulierung des Einigungsabkommens auftauchten.

Wie aus Epinal gemeldet wird, befinden sich insgesamt 28 700 Textilarbeiter des Vogesengebietes im Streik, wodurch fast die gesamte Textilindustrie der dortigen Gegend in Mitleidenschaft gezogen worden ist. Zum Schlichter wurde der Justizminister Aucard eingesetzt. Die Unternehmer sind grundsätzlich mit der Forderung der Textilarbeiter nach Lohnerhöhung einverstanden, wollen jedoch erst eine Einigung mit den Arbeitern unterzeichnen, wenn die letzten Fabriken geräumt sind.

Genfer Reiseabsichten Blums.

Paris, 17. September. Wie in gut unterrichteten Kreisen verlautet, hat Ministerpräsident Léon Blum die Absicht geäußert, sich im Laufe der Völkerbundsratstagung nach Genf zu begeben. Man rechnet damit, daß Blum etwa zwei Tage in Genf bleiben werde. Der endgültige Zeitpunkt dieser Reise ist jedoch noch nicht festgesetzt.

Belgische Gewerkschaften lehnen „Volksfront" ab.

Brüssel, 17. September. Die Brüsseler Vereinigung der belgischen Arbeiterpartei hat am Donnerstag auf einem außerordentlichen Kongreß die Frage der Bildung einer „Volksfront" in Belgien nach französischem und spanischem Muster erörtert. Die Mehrzahl der Redner hat sich gegen eine solche „Volksfront" erklärt. Bemerkenswertemeise hat sich als Gegner einer solchen politischen Frontbildung auch der Vorsitzende der Partei, der Gesundheitsminister Wandervelde, ausgesprochen, der hierbei von dem Aufenminister stark unterstützt wurde.

Die Hauptargumente, die gegen die sogenannte Volksfront vorgebracht wurden, waren die gleichen, mit denen vor einigen Tagen der nationale Ausschuß der sozialistischen Gewerkschaften Belgiens gleichfalls, und zwar einstimmig, die „Volksfront" abgelehnt hat. In beiden Versammlungen wurde erklärt, daß die „Volksfront" des Belgien nicht möglich sei, weil die christlichen Demokraten, die den linken Flügel der katholischen Partei bilden, nicht mitmachen würden und deshalb die „Volksfront" sich auf die Sozialisten und Kommunisten beschränken müßte.

Bei dem Beschluß, den die Leitung der Gewerkschaften vor einigen Tagen gefaßt hat, war allerdings in der Hauptsache die Befürchtung ausschlaggebend, daß die Kommunisten auf dem Wege über die „Volksfront" ihre Machtposition in der Arbeiterschaft verstärken und insbesondere die Sozialisten aus der Gewerkschaftsleitung, die heute ausschließlich aus sozialdemokratischen Funktionären besteht, verdrängen würden. Der Beschluß, den die Gewerkschaftsleitung gegen die Volksfrontbildung gefaßt hat, ist übrigens in der Zwischenzeit bereits von einigen Bezirksverbänden angefochten worden, namentlich von den Gewerkschaften der Hauptstadt Brüssel, die erst vor acht Tagen unter dem Einfluß linksradikaler Abgeordneten den Beschluß zur „Volksfront" einstimmig angekündigt hatten.

Der Kongreß der Brüsseler Vereinigung der sozialistischen Partei hat am Donnerstag nach keine Beschlüsse gefaßt, sondern sich nach einer längeren Aussprache, in der die Beteiligung der Sozialisten an der Regierung von den Vertretern des linken Flügels auf das heftigste bekämpft und die neutrale Haltung Belgiens im spanischen Bürgerkrieg getadelt wurde, auf nächsten Mittwoch vertagt.

Matuschka wird an Ungarn ausgeliefert.

Wien, 17. September. Am Freitag wird der Eisenbahnverbrecher Sylvester Matuschka nach Verbüßung einer sechsjährigen Kerkerstrafe von Oesterreich an die ungarischen Behörden ausgeliefert. Matuschka hat einen Eisenbahnanschlag bei Lüterbog, einen bei Marienfeld in Oesterreich und schließlich das furchtbare Eisenbahnunglück bei Via Torbagy in Ungarn auf dem Gewissen.

Verantwortlich: Kurt Schwarzkopff, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.